

Der Bote vom Geising

Müglitztal-Zeitung

Bezirksanzeiger für Altenberg, Geising, Lauenstein, Bärenstein und die umliegenden Ortschaften

Dieses Blatt ist für die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts Lauenstein, sowie der Stadtbehörden Altenberg, Geising, Lauenstein und Bärenstein behördlicherseits bestimmt

Druck und Verlag: F. A. Kungisch, Altenberg — Verantwortliche Schriftleitung: Flora Kungisch, Altenberg — Fernruf Lauenstein 427 — Postfach Dresden 11811 — Giro Altenberg 11

Nr. 83

Sonnabend, den 16. Juli 1932

67. Jahrgang

Die englisch-französische Freundschaft

Wiederaufleben der „Entente cordiale“

Das französisch-englische Geheimabkommen, das in Lausanne geschlossen worden ist, ist nunmehr vom englischen Außenminister Simon durch eine Unterhausrede der Öffentlichkeit mitgeteilt worden. Der Inhalt besagt, daß England und Frankreich in Übereinstimmung mit der Völkerbundsatzung beabsichtigen, sich über alle Fragen auszutauschen, an der Lösung der Abrüstungsfrage und der Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz zusammenzuarbeiten und auf dem Gebiete der Handelsverträge die gegenseitigen Belange nicht zu verletzen. Der französische Ministerpräsident Herriot erklärte dazu, dieser Vertrag bedeute die Wiedergeburt der „Entente cordiale“ der Vorkriegsjahre und eröffne einen neuen Abschnitt in den französisch-englischen Beziehungen.

Frankreichs Freude ist verständlich; denn England sind nun insofern die Hände gebunden, als es in den großen Fragen nicht mehr ohne weiteres selbständig handeln kann. So kann es sich z. B. nicht mehr wie früher zu weiteren Schuldenszahlungen an Amerika verpflichten, wenn es sich vorher nicht mit Frankreich geeinigt hat. Auch z. B. in der Kriegsschuldfrage ist England Deutschland gegenüber nicht mehr selbständig.

Die Bauernnot im Erzgebirge

Zwönitz, 15. Juli.

Die Kreisdirektion der Landwirtschaftskammer für das Erzgebirge hielt hier ihre diesjährige Ausschusssitzung sowie ihre sechste Hauptversammlung ab, in der der Vorsitzende, Lehngerichtsbesitzer Hänischke eingehend die gegenwärtige Lage der erzgebirgischen Landwirtschaft schilderte. Die Rentabilität der Landwirtschaft des Erzgebirges habe weiter stark gelitten. Vor allem müsse die Preisbildung für Schlachtvieh, Milch und Butter als katastrophal bezeichnet werden. Die erzgebirgische Landwirtschaft fordere, daß jede überflüssige Einfuhr abgedrosselt werde, damit die heimischen Produkte zu gerechten Preisen Absatz finden könnten. Die Senkung der Preise, besonders der Handwerkerpreise, sei bisher nur unvollkommen. Die Landwirtschaft fühle sich zwar mit dem Handwerk aufs engste verbunden, müsse aber, falls die Preise nicht fühlbar gelenkt würden, unter Umständen auf Schaffung eines wirksamen Gegengewichts hinwirken.

Zu Steuerfragen übergehend bemerkte der Redner, daß die Landwirtschaft nach wie vor die Grundsteuer als die drückendste Steuer empfinde. Es sei heute unmöglich, selbst unverschuldeten Betrieben zu tragbaren Bedingungen Kredite zu verschaffen. Trotzdem sei der Lebenswille der Erzgebirgslandwirte nicht erlahmt. Zur neuen Reichsregierung habe man das Vertrauen, daß sie mehr, als es bisher geschehen ist, den landwirtschaftlichen Forderungen Rechnung trage.

In dem umfangreichen Geschäftsbericht der Kreisdirektion wird besonders darauf hingewiesen, daß die Verschuldung der erzgebirgischen Landwirtschaft zu ernstester Sorge Anlaß gebe.

Den Abschluß der Hauptversammlung bildete ein Vortrag des Leiters der Preisberichtsstelle beim deutschen Landwirtschaftsrat, Dr. Axel Schindler-Berlin, über „Weltwirtschaft oder Binnenwirtschaft“. Der Redner betonte, die Landwirtschaft sei zwar nicht für eine wilde Autarkie, doch werde man in Zukunft um eine stärkere Betonung der Binnenwirtschaft nicht herumkommen. Nur 38 Prozent der heutigen Ausfuhr gehe nach Ländern, nach denen sich die Ausfuhr noch lohne. Deutschland sei heute so weit, daß es vom Ausland kein Korn mehr zu beziehen brauche. Der Redner setzte sich für eine Kontingentierung der Einfuhr ein, die sich mit den Handelsverträgen vereinbaren lasse.

Die Revision der Posträuber verworfen

Die von den Brüdern Alfred und Kurt Bergmann eingelegte Revision gegen das Urteil der Großen Strafkammer beim Landgericht Dresden ist vom Ersten Strafsenat des Reichsgerichts als völlig unbegründet verworfen worden. Die Verurteilten hatten am 1. August vorig. Jahres die Kraftpost bei Wendischcarsdorf in der Dippoldswalder Heide überfallen und beraubt und dafür eine Zuchthausstrafe von je acht Jahren erhalten, die jetzt rechtskräftig geworden ist.

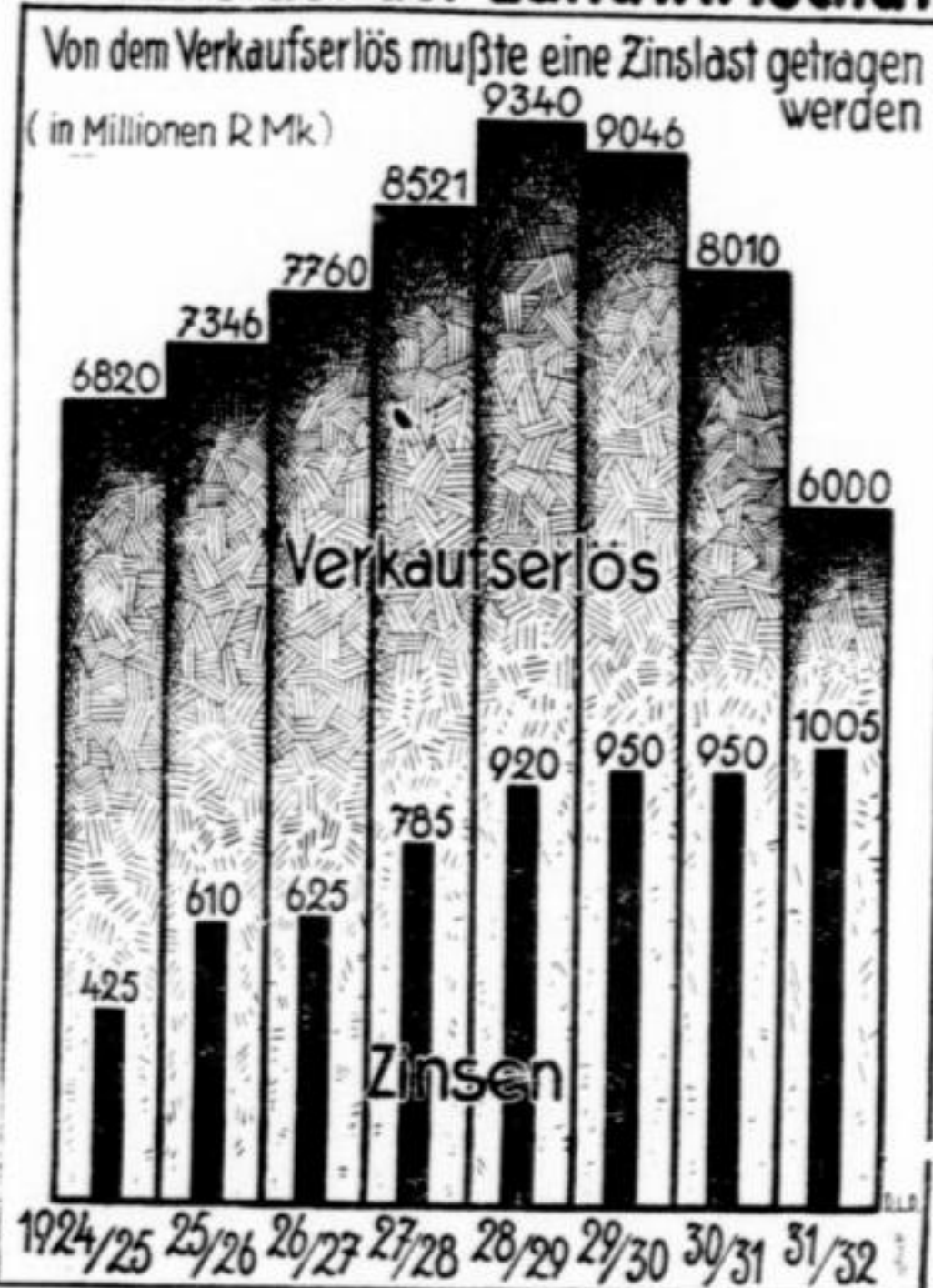
Deutschland soll sich anschließen

Der Text des englisch-französischen Vertrauensabkommens ist dem deutschen Geschäftsträger in London mit der Aufforderung übermittelt worden, daß Deutschland dem Abkommen beitrete, was zur Zeit noch fraglich ist.

Amerika soll die Kriegsschulden erlassen

Das französische Außenministerium veröffentlichte den Wortlaut des Lausanner Gentlemanabkommens zwischen den Staaten Frankreich, England, Belgien und Italien. Darnach wird das Lausanner Abkommen von diesen Staaten erst dann rechtsgültig angenommen, wenn sie mit ihren eigenen Gläubigern eine befriedigende Lösung erzielt haben. Sollte dies nicht möglich sein, würde die Rechtslage „wie vor dem Hoovermoratorium“ in Kraft treten. Reichskanzler v. Papen hat das in einem Schreiben an Simon sofort abgelehnt unter Hinweis auf die Zusage Macdonalds, daß in einem solchen Falle mit Deutschland neu verhandelt werden muß, aber auf keinen Fall der Youngplan wieder in Kraft treten kann.

Die Zinslast der Landwirtschaft



Ein Schmelz des landwirtschaftlichen Verkaufserlöses für Zinsen notwendig

Im Jahre 1913 war die deutsche Landwirtschaft mit 13 Milliarden RM nur Hypotheken belastet. Heute beträgt die hypothekarische Belastung der Landwirtschaft nur noch 7,7 Milliarden RM, aber daneben ist heute eine sehr große kurzfristige Verschuldung der Landwirtschaft angewachsen und das Institut für Konjunkturforschung schätzt, daß im letzten Wirtschaftsjahr die deutsche Landwirtschaft etwas über 1 Milliarde an Zinsen zahlen mußte. Da von derselben Stelle der gesamte Verkaufserlös der deutschen Landwirtschaft auf 6 Milliarden RM im letzten Wirtschaftsjahr geschätzt wird, so ergibt sich also die Tatsache, daß jeder Landwirt durchschnittlich, wenn er 100.— RM einnimmt 16,75 RM für Zinsen hergeben muß. Dabei werden für die Aufwertungshypotheken nur etwa 100 Millionen gebraucht, auf die neueren Realkredite etwa 400 Millionen und auf die Personalkredite nahezu 500 Millionen RM. Durch die Zinsberabstimmung in der Rotverordnung vom Dezember 1931 wurden die Aufwertungsinsen auf 90 Millionen, die Zinsen für neuere Realkredite auf 300 Millionen und die Zinsen für Personalkredite auf 390 Millionen, — letztere vorwiegend durch Senkung des Reichsbankdiskontes, — herabgesetzt. Insgesamt dürfte sich so die Zinslast von 1 Milliarde auf 850 Millionen RM für das laufende Jahr ermäßigt haben. Nach Schätzungen des Instituts betragen die Zinsrückstände der Landwirtschaft im Frühjahr 1932 50 Prozent, während sie noch im Jahre 1928 durchschnittlich nur 20 Prozent betragen haben.

Politische Umschau

Hindenburgs Dank an Papen. Reichspräsident von Hindenburg empfing am Donnerstag in Neudeck den Reichskanzler von Papen zum Bericht über die Lausanner Verhandlungen. Nach Entgegennahme des Vortrages sprach der Reichspräsident dem Reichskanzler seinen Dank für die in Lausanne geleistete Arbeit aus und bat, diesen Dank auch den anderen Mitgliedern der Delegation zu übermitteln. Hieran schloß sich ein gemeinsamer Vortrag des Reichskanzlers und des Reichsministers des Innern über innenpolitische Fragen.

Vor einem Jahre . . . Ein Jahr erst trennt uns von jenem Tage, an dem die Danat-Bank die Schalter schloß und damit die vorübergehende Stilllegung des deutschen Bankwesens, die Juli-Notzeit von 1931, einsetzte. Es war der 13. Juli 1931. Die folgenden Wochen waren wohl die bisher schwerste Probe für die Nerven des Volkes. In dem einen Jahr hat die Krise sich mit rasendem Tempo ausgebreitet. Das englische Pfund hat seinen Goldwert verloren, zahlreiche andere Währungen mußten ihm folgen, die Blütezeit in den Vereinigten Staaten ist endgültig dahin. Kregers Tod und die Aufdeckung seiner Taten erschütterten die Welt. Der Youngplan mußte von seinen Schöpfern aufgegeben werden. Deutschland mußte sich entschließen, zur aktiven Handelspolitik der Abwehr entbehrlicher Einfuhren überzugehen. Der wirtschaftliche Schrumpfungszustand hat sich fortgesetzt und ist in den Bilanzen eindeutig in Erscheinung getreten. Die Arbeitsbeschaffung ist zur gebieterischen Grundlinie jeder Wirtschaftspolitik geworden. Der Mittelbetrieb, die Persönlichkeit, die Verantwortung des Einzelnen scheint den Großbetrieb wieder zu verdrängen. Und der 13. Juli 1931 hat insofern vielleicht doch das Verdienst, daß er der ganzen Welt endlich den Ernst der Lage und die Folge der aufgezwungenen Tribute gezeigt hat.

Zahllose Wahlversammlungen im ganzen Land. Der Reichstagswahlkampf hat nunmehr mit vollen Akkorden eingesetzt. Täglich finden in allen Teilen des Reiches zahllose Versammlungen statt, in denen die einzelnen Parteien um die Gunst der Wähler werben.

2 Tote, 12 Verletzte in Berlin. Am Mittwoch kam es gegen 23 Uhr in der Nonnendamm-Allee in Siemensstadt zwischen Kommunisten, die von einer Demonstration im Berliner Westen heimkehrten, und Nationalsozialisten zu Zusammenstößen. Dabei erhielten vier Kommunisten schwere Schutzverletzungen und mußten schwer verletzt in das Spandauer Krankenhaus gebracht werden; zwei von ihnen starben nach ihrer Einlieferung. Außerdem wurden 8 Personen leicht verletzt. Die Polizei nahm acht Kommunisten und elf Nationalsozialisten fest. Auch in Oberschönweide gerieten Kommunisten und Nationalsozialisten aneinander. Auch hier erhielten vier Kommunisten Schutzverletzungen. Zwei von ihnen wurden in das Elisabeth-Hospital eingeliefert. Zwei Nationalsozialisten wurden verhaftet.

Blutiger russischer Terror gegen die Wolga-Deutschen. Nach einer Meldung der Agentur Expres sind kürzlich in einigen Orten der Republik der Wolga-Deutschen Bauernunruhen ausgebrochen, die von GPU-Abteilungen blutig unterdrückt worden seien. Allein in den Ortschaften Urby und Krasnoj Put seien über 90 Kolonisten niedergeschossen worden. Die Unruhen seien darauf zurückzuführen, daß die örtlichen Sowjetbehörden den Erlaß Stalins über den teilweise freien Lebensmittelhandel nicht zur Geltung kommen lassen wollten. An zahlreichen Plätzen, wo die Kolonisten ihre Erzeugnisse feilbieten wollten, seien ihnen die Waren beschlagnahmt worden. In vielen Fällen habe man die Besitzer verhaftet und wegen Lebensmittelspekulation angeklagt. Mehrfach sei es zu regelrechten Feuertreffen zwischen der Bevölkerung und GPU-